



Geschäftsbericht 1975
Deutsche Ueberseeische Bank



Wir beehren uns, Ihnen unseren Geschäftsbericht
für das Jahr 1975 zu überreichen.

Berlin · Hamburg

April 1976

**Deutsche
Ueberseeische Bank**

Der Vorstand

Geschäftsbericht für das Jahr 1975



**Deutsche
Ueberseeische Bank**
Gruppe Deutsche Bank

Berlin · Hamburg

Bank Akt. Zentrale Frankfurt, Frankfurt/Main 1, Jungfernstieg 5-11, 60329
Frankfurt

ordentliche Hauptversammlung

Durch den Tod verloren wir
aus dem Kreise unserer Pensionäre

Herrn Heinrich Bösebeck

Herrn Werner Schaff

Wir werden der Verstorbenen stets ehrend gedenken

für die am Freitag, dem 7. Mai 1976, um 12.00 Uhr, im Hause der Deutsche Bank AG, Zentrale Frankfurt, Frankfurt/ Main 1, Junghofstraße 5–11, stattfindende

ordentliche Hauptversammlung

1.
Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1975 mit dem Bericht des Aufsichtsrates.
2.
Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
3.
Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1975.
4.
Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1975.
5.
Satzungsänderungen.
6.
Neuwahl zum Aufsichtsrat.
7.
Beschlußfassung über die Eingliederung in die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gemäß § 320 AktG.
8.
Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1976.

Ehrenpräsident:

Hermann J. Abs

Frankfurt/Main

Aufsichtsrat

Franz Heinrich Ulrich	Düsseldorf	Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG Vorsitzender
Dr. Wilfried Guth	Frankfurt/Main	Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG stellv. Vorsitzender
Konsul Hans-Jürgen Hamann	Berlin	Mitglied des Vorstandes der Schering AG
Helmut Huth	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *
Walther J. Jacobs	Bremen	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firma Joh. Jacobs & Co. GmbH
Karl Freiherr von Kleist	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *
Dr. Hans-Helmut Kuhnke	Hattingen	
Dr. Rolf Magener	Heidelberg	Mitglied des Vorstandes der Mercedes-Automobil-Holding AG
Thilo Martens	Buenos Aires	Kaufmann
Rudolf August Oetker	Bielefeld	Industrieller
Werner Putzbach	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *
Hanspeter Willruth	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *

Banco Alemão Transatlântico
81000 São Paulo
Rua XV de Novembro 151 157

Leiter des Berliner Hauses: Hans Ertke

1000 Berlin 18, Fasanenstraße 4

Sitz der Verwaltung: Hamburg

2000 Hamburg 1, Ballindamm 7

Japan

Vorstand

Eberhard F. Knorr Buenos Aires / São Paulo

Günter E. Meißner Hamburg

Louis Rodenstein Hamburg

Direktor mit Generalvollmacht

Herbert S. Knorre Hamburg

Direktoren der Zentrale

Gerald Schade Hamburg

Dr. Uwe Baden (stellv.) Hamburg

Günther Fleege (stellv.) Hamburg

Werner Marquardt (stellv.) Hamburg

Albrecht Völckers (stellv.) Hamburg

Hauptniederlassungen

Berlin
1000 Berlin 12, Fasanenstraße 4

Hamburg
2000 Hamburg 1, Ballindamm 7

Leiter des Berliner Hauses: Horst Ehrke

Sitz der Verwaltung: Hamburg

Filialen in Deutschland

Düsseldorf
4000 Düsseldorf 1, Steinstraße 30

Köln
5000 Köln 1, Unter Sachsenhausen 29/33

Stuttgart
7000 Stuttgart 1, Friedrichstraße 9

Direktor der Filiale: Heinrich Hildebrandt

Direktor der Filiale: Erich Rössel (bis 31. 12. 1975)

Direktor der Filiale: Nicol von Wiedebach-Nostitz

Filialen im Ausland

Argentinien

Banco Alemán Transatlántico
Buenos Aires,
Reconquista esq. Bartolomé Mitre

Direktion (Gerencia): Karl Ostenrieder, Raúl G. Stocker,
Friedbert W. Böhm, Miguel Kaupert

Stadtfilialen:

Belgrano	Avenida Cabildo 1750
Tribunales	Viamonte 1601

Zweigstellen:

Quilmes	Lavalle 550
Villa Ballester	Pueyrredón esq. Pacífico Rodríguez

Depositenkassen:

Calchaquí	Avenida los Quilmes 99
Ciudad Jardín	Avenida Wernicke 785
Crovara	Avenida Crovara 1690
Ruta 8	Ruta Nacional No. 8, km 17,200
San Martín	Balcarce 489
J. L. Suárez	Avenida Márquez 286

Banco Alemán Transatlántico
Sucursal Rosario
Rosario, Prov. de Santa Fé,
Corrientes 732

Leiter: Rolf H. Hanselmann

Banco Alemão Transatlântico
01000 São Paulo,
Rua XV de Novembro 137

Direktion (Gerência): Alfred Steffen
Klaus-Jürgen Hadrath

Japan

Deutsche Ueberseeische Bank
— Deutsche Bank Gruppe —
Filiale Tokio
Tokio 100,
Mitsubishi Shoji Building-Annex
3-1, Marunouchi 2-chome, Chiyoda-ku

Direktion: Manfred A. ten Brink
Ko Miwa
Claus-Werner Bertram

Luxemburg

Deutsche Ueberseeische Bank
— Succursale de Luxembourg —
Luxembourg,
68, Avenue de la Liberté

Leitung: Kurt Geyer
Karl-Otto Schroeder

Paraguay

Banco Alemán Transatlántico
Asunción,
14 de Mayo esq. Estrella

Direktion (Gerencia): Manfred Schmidt

Vertretungen

Brasilien	Rio de Janeiro
Chile	Santiago
Columbien	Bogotá D. E.
Mexico	Mexico 1 D.F.
Venezuela	Caracas
Zentralamerika	Mexico 1 D.F.

Leiter: Hartwig Krieg
Leiter: Winfried Kreklau
Leiter: Alberto Veciana
Leiter: Manfred Hamburger
Leiter: Claus Peter Tillmanns
Leiter: Rüdiger Zaddach

LÄNDERBERICHT

Lateinamerika in der Weltwirtschaft

Der konjunkturelle Abschwung der Weltwirtschaft ist im Verlauf des Berichtsjahrs zum Stillstand gekommen. Die Staaten Lateinamerikas konnten hiervon jedoch noch nicht profitieren. Die Nachfrage nach ihren traditionellen Exportprodukten war bei anhaltendem Importbedarf zu erhöhten Preisen gering. Nach vorläufigen Schätzungen hat sich das Handelsbilanzdefizit des Subkontinents (ohne erdölexportierende Länder) 1975 auf über 10 Mrd US\$ erhöht, nach gut 9 Mrd US\$ Ende 1974 und nur 1 Mrd US\$ 1973.

Überregionale Zusammenschlüsse in Lateinamerika

Die Bemühungen der *Lateinamerikanischen Freihandelszone (ALALC)*, die Liberalisierung des Handels zu verstärken, verliefen im Berichtsjahr wenig erfolgreich. Auch die Länder der *Vereinigung des La Plata-Beckens* kamen über das Planungsstadium gemeinsamer Entwicklungsprojekte nicht hinaus. Dagegen erzielte der *Andenpakt* Fortschritte bei der Ausweitung des Regionalhandels, vor allem aufgrund der Liberalisierungsmaßnahmen. Die Länder des *Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes (MCCA)* förderten die am wenigsten entwickelten Mitgliedsstaaten verstärkt, um die wirtschaftliche Integration in Mittelamerika voranzutreiben. Die Fortschritte im *Gemeinsamen Caribischen Markt (CARICOM)* weckten das Interesse weiterer Staaten dieses Raumes an einer Mitgliedschaft.

Ende November unterzeichneten 25 Länder des Subkontinents die Dokumente zur Schaffung des *Sistema Económico Latinoamericano (SELA)*. Die Hauptaufgabe der SELA ist ein gemeinsames lateinamerikanisches Vorgehen in Wirtschaftsfragen. Man denkt hierbei insbesondere an die Koordinierung der Verkaufspolitik für Rohstoffe und Energie, ferner an den Aufbau multinationaler lateinamerikanischer Gesellschaften sowie an die Förderung und Kontrolle der zu entwickelnden oder zu importierenden Technologien.

Argentinien

Ungelöste Probleme der Innenpolitik sowie ein zunehmender Terrorismus kennzeichneten die Situation Argentiniens und verhinderten die Durchsetzung notwendiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der sich drastisch beschleunigenden Inflation. Weiterhin war die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch Versorgungsengpässe, eine zurückhaltende Investitionstätigkeit sowie durch Absatzschwierigkeiten auf dem Exportsektor, insbesondere bei der Ausfuhr von Rindfleisch, charakterisiert.

Nachdem die Parität des Peso zum US-Dollar seit August 1972 unverändert beibehalten worden war, wurde mit Wirkung vom 28. Februar 1975 ein Währungsschnitt verfügt, dem weitere sog. Miniabwertungen folgten. Die 13 Paritätsänderungen während des Berichtsjahres ergaben eine Abwertungsrate von insgesamt rund 85%. Die Verteuerung gegenüber dem US-Dollar auf dem Finanzmarkt betrug 512%.

Von der Preisentwicklung für Erdöl spürte Argentinien verhältnismäßig wenig, da es die Förderung weiter steigern und 85% seines Bedarfes selbst decken konnte. Bis 1977 wird eine weitgehende Selbstversorgung mit Erdöl angestrebt bei verstärktem Einsatz von Erdgas, Kohle, Uran und Wasserkraft.

Argentinien hofft durch Aufnahme kurz- und mittelfristiger Kredite seine auf ca. 9 Milliarden US-Dollar angewachsene Auslandsverschuldung ohne Moratorium regeln zu können.

Bolivien

Im Rahmen eines Fünfjahresplanes soll in Bolivien durch ein umfangreiches Investitionsprogramm – vornehmlich in den Sektoren Petrochemie, Bergbau und Landwirtschaft – die wirtschaftliche Situation verbessert werden. Infolge seines Rohstoffreichtums können die Aussichten langfristig als günstig bezeichnet werden, zumal sich auch in der Innenpolitik die Verhältnisse weiter stabilisierten. Vom Andenpakt sind Bolivien wichtige Teilbereiche der Kraftfahrzeug-Industrie sowie der Petrochemie als Produktionsbereiche zugesprochen worden. Bei seinen Entwicklungsvorhaben wird das Land durch die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank sowie durch eine Reihe von Staaten – unter ihnen auch die Bundesrepublik Deutschland – unterstützt.

Brasilien

Auch im zweiten Jahr der Präsidentschaft des Generals Geisel setzte sich — gegenüber dem Vorjahr allerdings verlangsamt — die Aufwärtsentwicklung im wirtschaftlichen Bereich fort. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten konnte auf weniger als 30 % (1974 + 34,5 %) begrenzt werden. Zur Steigerung der Produktivität wurden vor allem — außer Investitionskapital — Technologie und Management aus dem Ausland herangezogen. Zur Belebung der Investitionsgüterindustrie und zur Verminderung des Handelsbilanzdefizits sind im Dezember weitere Anreize für den Export geschaffen und drastische Maßnahmen zur Begrenzung des Importes — vor allem bei nicht lebensnotwendigen Gütern — verfügt worden. Sie sehen u. a. eine Reduzierung der Importe des Staates und der staatlichen Unternehmen um 25 % vor.

Wie in den Vorjahren wurde die Abwertung in kleinen Schritten fortgesetzt. Durch 14malige Kurskorrekturen ergab sich 1975 ein Abwertungssatz von 18 % gegenüber dem US-Dollar.

Mitte 1975 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien ein Kernenergieabkommen unterzeichnet. Diese Vereinbarung ist u. a. als Teil einer neuen Energiepolitik zu sehen, die auf Substitution von Erdöl und auf vermehrten Einsatz der Wasserkraft abgestellt ist; zusätzlich plant man auch eine verstärkte Ausbeutung der vorhandenen Kohlenreserven. Auf dem Erdölsektor, auf dem Brasilien zur Deckung seines Bedarfes zu 80 % auf Importe angewiesen ist, wurden ausländische Firmen erstmalig im Rahmen von Sonderverträgen mit der staatlichen Gesellschaft Petrobras zur Mutung zugelassen. Erfolge bei vorgenommenen Offshore-Bohrungen erweckten Hoffnungen auf eine baldige Reduzierung der Kosten für Erdölimporte.

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien ist nunmehr ratifiziert und mit dem 1. Januar 1976 in Kraft getreten. Zusätzlich wurde ein Kapitalhilfeabkommen über 130 Mio DM zwischen beiden Ländern unterzeichnet.

Chile

Schwerpunkt der seit April laufenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der chilenischen Regierung waren die Eindämmung der Inflation durch Verminderung des Defizits des Staatshaushaltes sowie die Verringerung der

Ausweitung des Zahlungsmittelumschlages. Bei der Durchführung des Programms zeigten sich im Berichtsjahr bereits Erfolge, die sich u. a. in der Eindämmung des Preisauftriebs bemerkbar machten. Negative Folgeerscheinungen des Stabilisierungsprogramms waren der Rückgang der industriellen Produktion aufgrund der starken Nachfragedrosselung, insbesondere seitens des öffentlichen Sektors, sowie der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Trotz gesunkener Weltmarktpreise für das Hauptausfuhrprodukt Kupfer sowie sprunghaft gestiegener Erdöl- und Getreidepreise fiel das Zahlungsbilanzdefizit bedeutend niedriger aus als erwartet und konnte durch die Aufnahme mittelfristiger Kredite bei internationalen Institutionen abgedeckt werden.

Die Politik der Abwertung in kleinen Schritten wurde beibehalten; der Abwertungssatz erreichte durch 27malige Kursänderungen eine Höhe von 78 %. Mit Wirkung vom 29. September 1975 wurde eine Währungsreform vorgenommen, wobei der Peso den bisher gültigen Escudo im Verhältnis 1 : 1 000 ersetzte.

Im Mai konnten die mit den Gläubigerländern des Pariser Clubs über einen Teil der 1975 fälligen chilenischen Auslandsverbindlichkeiten geführten Umschuldungsverhandlungen erfolgreich mit einer Rahmenvereinbarung beendet werden. Bilaterale Übereinkünfte mit den einzelnen Gläubigerstaaten folgten.

Wie von Regierungsseite betont wurde, sollen nach Erreichen einer gewissen Stabilität Förderungsmaßnahmen zur Belebung der Konjunktur ergriffen werden.

Columbien

Als Folge innenpolitischer Unruhen wurde im Juni des Berichtsjahres der Ausnahmezustand über Columbien verhängt. Auf wirtschaftlichem Gebiet war dagegen zunehmende Stabilität zu verzeichnen. Bei Gesprächen mit US-Präsident Ford verzichtete der columbianische Staatspräsident auf weitere AID-Hilfe der USA ab September 1976, um diese Hilfe anderen Entwicklungsländern zukommen zu lassen. Die erfolgreiche Diversifizierung führte in der zweiten Jahreshälfte zu einer Ausweitung des Außenhandels, die erheblich zum raschen gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug. Nach einer weitgehenden Importliberalisierung wurde von der Regierung ein umfangreiches Exportförderungsprogramm in Angriff genommen.

Während verschiedene Wirtschaftsbereiche Zuwachsraten erreichten, entwickelte sich der Erdölsektor nicht erwartungsgemäß. Trotz neuer Erdöl- und Erdgasprospektionen und umfangreicher -funde ließen Förderung und Export deutlich nach, denn bei niedrigen nationalen Festpreisen und steigenden Kosten für Förderung und Transport von Rohöl war das Interesse an hohen Produktionsquoten nicht mehr gegeben. Einige Unternehmen haben daher ihre Tätigkeit in Columbien aufgegeben. Rohöl und Benzin mußten verstärkt importiert werden. Zwecks Steigerung der rückläufigen Erdölförderung erwägt die Regierung den Rückkauf von an ausländische Firmen vergebenen Förderrechten bzw. deren Einbringung in ein joint venture mit der staatlichen Erdölgesellschaft. Eine einheitliche Politik zur Förderung des Kohlebergbaus soll die Abhängigkeit des Energiebedarfs vom Rohöl in den kommenden Jahren verringern. Auch die vorhandenen Erdgas- und Wasserkraftreserven sollen stärker zur Bedarfsdeckung herangezogen werden. Im Februar 1975 wurde mit der Nationalisierung des Kapitalmarktes durch den schrittweisen Erwerb von Bankaktien aus ausländischem Besitz begonnen.

Die Bundesrepublik Deutschland und Columbien schlossen ein Kapitalhilfeabkommen ab.

Ecuador

Anfang September 1975 wurde in Ecuador ein Militärputsch von der seit 1972 amtierenden Militärregierung unter General Rodríguez Lara niedergeschlagen. In der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, das Ende 1973 die Mitgliedschaft in der OPEC erwarb, zeichnet sich gegenwärtig wegen der auf dem Erdölsektor aufgetretenen Schwierigkeiten eine leichte Abschwächung ab; weitere Erdöl- und Erdgasprospektionen werden mit Nachdruck vorgenommen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten konnte noch nicht in dem angestrebten Umfang verringert werden. Es wurden verschiedene importerschwerende Bestimmungen erlassen.

Im Rahmen der restriktiven Investitionsbestimmungen des Andenpaktes bemühte sich Ecuador weiterhin in verstärktem Maße um ausländische Investitionen.

Mexico

Mexico stand im Berichtsjahr innenpolitisch im Zeichen der Vorbereitungen auf die für Juli 1976 vorgesehene Wahl des neuen Staatspräsidenten und der Mitglieder

beider Kammern des Kongresses. Auf wirtschaftlichem Gebiet war eine leichte Abschwächung der bisher dynamischen Wirtschaftsentwicklung zu verzeichnen, wodurch sich die Arbeitslosigkeit erhöhte. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ließ deutlich nach. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Anstrengungen zur Steigerung des Exportes von Waren und Dienstleistungen standen bei den wirtschaftspolitischen Anliegen im Vordergrund.

Das stark angestiegene Handelsbilanzdefizit veranlaßte die Regierung, die Einfuhren scharf zu drosseln. Auf dem Rohölsektor konnten die Produktion und damit auch die Ausfuhren von Rohöl und Erdölderivaten beträchtlich gesteigert werden, während sich gleichzeitig die Importe von Erdölprodukten deutlich verminderten. Im Zusammenhang mit Erdölprospektion und -ausbeutung steht auch die im November erfolgte Ausdehnung der mexicanischen Hoheitsrechte an der Seegrenze auf eine künftige 200-Meilen-Zone; bereits jetzt stammt ein Teil der gesamten Erdölförderung aus unterseeischen Vorkommen. Eine enge Zusammenarbeit auf dem Erdölsektor wie gemeinsame Industrie- und Investitionsvorhaben wurde mit Venezuela vereinbart.

Im Juli sind die Verhandlungen Mexicos mit der EG durch ein Handels- und Kooperationsabkommen auf wirtschaftlichem Gebiet mit einer Gültigkeitsdauer von zunächst fünf Jahren erfolgreich abgeschlossen worden. Das Interesse ausländischer Investoren an privaten Direktinvestitionen im Land nahm trotz einiger restriktiver Bestimmungen weiterhin zu.

Paraguay

In Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen werden in Paraguay Pläne ausgearbeitet, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Entwicklung im Lande – vornehmlich in den Sektoren Industrie, Wissenschaft und Technologie sowie die Exportförderung – vorangetrieben werden soll. Während sich das Wirtschaftswachstum im Berichtsjahr bei innenpolitischer Stabilität fortsetzen konnte, wird im Außenhandel für das Gesamtjahr 1975 ein beträchtliches Handelsbilanzdefizit erwartet; stark gesteigerten Importen standen nur mäßig erhöhte Ausfuhren gegenüber. Von der EG wurden für bestimmte Waren Präferenzzölle gewährt; auf dem Rindfleischsektor konnte aber noch keine zufriedenstellende Lösung zwischen der EG und

den betroffenen Ländern Lateinamerikas erreicht werden. Mittelfristig werden die wirtschaftlichen Aussichten nach der Fertigstellung des Kraftwerkes in Itaipú günstig beurteilt. Vorarbeiten für das argentinisch-paraguayische Gemeinschaftskraftwerk Yaciretá-Apipé begannen Ende 1975.

Peru

Ende August 1975 folgte in Peru General Morales Bermúdez Cerutti nach einem unblutigen Staatsstreich dem seit 1968 amtierenden Präsidenten.

Die wirtschaftliche Entwicklung war im Berichtsjahr gekennzeichnet u. a. durch eine erhöhte Produktion und Ausfuhr von Fischmehl. Der Export nichttraditioneller Produkte konnte gesteigert werden. Der Erdölexport entsprach nicht den Erwartungen. Insgesamt wies die Handelsbilanz für das Gesamtjahr 1975 infolge erheblich gesteigerter Importe einen Passivsaldo auf.

Auf dem Rohölsektor wurden im Berichtsjahr weiterhin umfangreiche Prospektionsbohrungen vorgenommen. Mit einer Selbstversorgung wird ab Mitte 1976 gerechnet. In den kommenden Jahren soll eine leistungsfähige petrochemische Industrie entstehen, da Peru durch den Andenpakt ein wesentlicher Teil des petrochemischen Produktionsprogramms zugestanden wurde.

Wie von peruanischer Seite wiederholt betont worden ist, sind Finanzierungen durch das Ausland zur Realisierung der Vorhaben dringend erforderlich. Die Weltbank beriet mehrmals über die Finanzierung von Entwicklungsprojekten in Peru. Bilaterale Verhandlungen mit einzelnen Ländern schlossen sich an. Endgültige Entscheidungen waren bis zum Ende des Berichtsjahres nicht gefallen.

Die Politik der »Peruanisierung« hat dazu geführt, daß nunmehr fast alle Wirtschaftszweige vom Staat kontrolliert werden. Eine Abwertung des Sol um 14% und die Vereinheitlichung des gespaltenen Devisenkurses wurden als wirtschaftspolitische Maßnahmen eingesetzt.

Uruguay

Die innenpolitische Lage Uruguays war im Berichtsjahr stabil. Auf wirtschaftlichem Gebiet begann sich die Lage zu verbessern. Die in den vergangenen Jahren sehr hohe

Inflationsrate sank deutlich. Gleichzeitig waren die Bemühungen um Auslandskredite zur Finanzierung des Zahlungsbilanzdefizits erfolgreich. Die eingeleitete Importliberalisierung zeigte erste positive Ergebnisse. Auslandsinvestitionen wurden durch eine großzügige Gesetzgebung gefördert. Die Politik der Abwertungen des Handelspeso in kleinen Schritten ist fortgesetzt worden; durch 14malige Kurskorrekturen ergab sich 1975 ein Abwertungssatz von 40% gegenüber dem US-Dollar. Mit Wirkung vom 1. Juli 1975 wurde eine Währungsumstellung auf Peso Nuevo im Verhältnis 1000:1 vorgenommen. Trotz günstiger Entwicklung nichttraditioneller Exporte wies die Handelsbilanz ein hohes Defizit aus. Durch eine vermehrte Suche nach eigenen Erdölquellen soll die Abhängigkeit vom Erdölimport verringert werden.

Venezuela

Im Berichtsjahr standen die wirtschaftspolitischen Anstrengungen im Vordergrund, durch Diversifizierung der Wirtschaft allmählich die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren und damit zusätzlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die aus den Erdölexporten ins Land fließenden Deviseneinnahmen wurden daher u. a. auch zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur eingesetzt.

Auf Beschluß der Regierung trat mit Wirkung vom 1. Januar 1976 das angekündigte Gesetz zur Verstaatlichung der venezolanischen Mineralölindustrie in Kraft; über die zu zahlenden Entschädigungsleistungen wurde Anfang 1976 eine Übereinstimmung zwischen den betroffenen ausländischen Gesellschaften und der venezolanischen Regierung erzielt. Im Fünfjahresplan 1975/79 ist die Gründung von elf staatlichen Gesellschaften vorgesehen, und zwar für die Bereiche Erdöl, Eisen und Stahl, Finanzierungen, Elektrizität, Transport, Nachrichtenwesen, Gewerbe, landwirtschaftliche Industrie, Tourismus und NE-Bergbau.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Diversifizierungsbemühungen erhielt Venezuela die größte Zuteilungsquote für Kraftfahrzeugfertigung innerhalb der Andenpaktstaaten. Mit mehreren zentralamerikanischen Ländern wurden preisgünstige Erdöllieferungen abgesprochen. Zusätzlich beabsichtigt Venezuela, einen Teil der Überschubeinnahmen aus dem Erdöl für Hilfeleistungen zur Wirtschaftsentwicklung dieser Partnerstaaten einzusetzen. — Beim IWF verdoppelte Venezuela seine Einlage und stellte damit den zehntgrößten Beitrag zur Verfügung.

Zentralamerika

Die Wirtschaftsentwicklung *Costa Ricas* war weiterhin von einem zunehmenden Außenhandelsdefizit und anhaltendem Inflationsdruck gekennzeichnet, so daß von der Regierung vermehrte Anstrengungen unternommen wurden, die stark verteuerten Importe – vor allem Rohöl – zu reduzieren und den Export wirksam zu fördern. In diesem Zusammenhang ist ein Anfang 1975 zwischen Venezuela und den zentralamerikanischen Staaten abgeschlossener Ölpakt von Bedeutung aufgenommen worden, wonach Venezuela diesen Ländern Rohöl zu einem dem Niveau von 1972 entsprechenden Vorzugspreis liefern und zusätzlich Infrastruktur- und Industrieprojekte in diesem Raum finanziell unterstützen will. Der Zustrom von Auslandskapital in Form von Krediten und Direktinvestitionen hielt weiterhin an. – Die Außenpolitik *Cubas* stand im Berichtsjahr im Zeichen normalisierter Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten, begleitet von intensivierten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Auch mit der Bundesrepublik Deutschland wurden die seit 1963 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Bei den Bemühungen um eine Loslösung von der Monokultur des Zuckeranbaus durch Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion waren zunehmend Erfolge zu verzeichnen. Umfangreiche Nickelvorkommen werden zur Entwicklung der Industrie beitragen. – Die *Dominikanische Republik* hat das Berichtsjahr auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgreich abgeschlossen. Durch nahezu verdoppelte Devisenerlöse aus Zuckerexporten sowie durch einen beachtlichen Zustrom ausländischen Kapitals konnten die erhöhten Ausgaben für Erdöleinfuhren – im Gegensatz zu den meisten lateinamerikanischen Ländern – kompensiert werden. – Durch die Verbesserung der Exportsituation für die wichtigsten Landesprodukte *El Salvadors* auf dem Weltmarkt hielt wie in den Vorjahren das Wirtschaftswachstum an, wobei die Landwirtschaft weiterhin ihre Rolle als wichtigster Wirtschaftszweig behauptete. Durch die verstärkte Suche nach Erdölvorkommen wird eine Verbesserung der Energieversorgung angestrebt. – Angesichts höherer Weltmarktpreise für Kaffee und vermehrter Einnahmen aus dem internationalen Tourismus wurde die wirtschaftliche Entwicklung *Guatemalas* allgemein günstig beeinflusst. Dazu trugen ebenfalls positive Ergebnisse aus dem Bergbausektor bei; zahlreiche Offshore-Erdölprospektionen sollen die energiewirtschaftliche Situation des Landes verbessern. Die wirtschaftlichen Folgen des schwe-

ren Erdbebens im Februar 1976 lassen sich noch nicht endgültig übersehen. – Die Bemühungen um den Ausbau und die Sicherung des Außenhandels standen auch im Berichtsjahr weiterhin im Vordergrund der Wirtschaftspolitik *Haitis*. Ausländische Finanzierungshilfe ermöglichte die Realisierung einiger Entwicklungsprojekte. Die Ausbeutung der neuentdeckten Kupfervorkommen im Norden des Landes soll den wirtschaftlichen Aufschwung fördern. Ein Beitritt zum Caribischen Gemeinsamen Markt (CARICOM) wird erwogen. – Nach einem unblutigen Staatsstreich im April 1975 übernahm Oberst Juan Alberto Melgar Castro das Amt des Staatspräsidenten von *Honduras*. Die vom Wirbelsturm geschädigte Wirtschaft des Landes wurde durch Spenden aus dem Ausland sowie durch Kreditzusagen internationaler Finanz- und Hilfsorganisationen unterstützt. Der Beginn einer wirtschaftlichen Erholung war im Wiederanstieg privater Investitionen und in der Erweiterung des öffentlichen Investitionsprogrammes festzustellen. – Im Berichtsjahr wurde die Unterstützung *Nicaraguas* durch ausländische Organisationen zur Milderung der immer noch bestehenden Folgen der Erdbebenkatastrophe Ende 1972 fortgesetzt. Die günstige Entwicklung der Kaffee-Exportpreise sowie eine rege Investitionstätigkeit, resultierend vor allem aus dem Wiederaufbau der mittleren und kleineren Industrie, lassen einen positiven Wirtschaftsverlauf in der Zukunft erwarten. – Die im Juni 1974 aufgenommenen Verhandlungen zwischen *Panama* und den USA über eine Ablösung des Kanalvertrages von 1903 durch eine Abtretung der Hoheitsrechte über den Kanal an Panama bis zum Jahre 2000 blieben bisher ergebnislos. Die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat sich fortgesetzt; sie soll u. a. durch die Förderung des Fremdenverkehrs unterstützt werden. Die Länder des Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes (MCCA) zeigten sich sehr interessiert an einer Mitgliedschaft Panamas.

Anleihen ausländischer Emittenten innerhalb unseres Arbeitsgebietes in DM und Fremdwährung

Der mexicanische Staat begab eine DM-Auslandsanleihe über 100 Mio DM unter Konsortialführung der Deutschen Bank. Die staatliche mexicanische Erdölgesellschaft Pemex legte eine Euro-Anleihe in Höhe von 20 Mio US\$ auf, bei der die Deutsche Bank in einem internationalen Bankenkonsortium als Co-Manager mitwirkte. Unter Führung der Deutschen Bank wurden im Berichts-

jahr die folgenden DM-Auslandsanleihen japanischer Emittenten aufgelegt: Im Wege öffentlicher Placierung zwei Anleihen über je 100 Mio DM der Nippon Telegraph & Telephone Public Corporation und eine Anleihe über 100 Mio DM der Sumitomo Metal Industries, Ltd. Als Privatplacierung sind die folgenden Anleihen begeben worden: 50 Mio DM der Fujitsu Limited sowie 50 Mio DM der Stadt Kobe. Mitführend war die Deutsche Bank an den folgenden Anleihen beteiligt: The Industrial Bank of Japan Finance Company N.V. (35 Mio US\$) und Mitsubishi Electric Corporation (30 Mio US\$ – Wandelanleihe).

Außerdem wirkte die Deutsche Bank bei folgenden Anleihen im Konsortium mit: Asahi Chemical Industry Co., Ltd. (30 Mio US\$ – Wandelanleihe – und 20 Mio US\$), Kawasaki Steel Corporation (100 Mio DM), Marubeni Corporation (20 Mio US\$), Matsushita Electric Industrial Co., Ltd. (100 Mio US\$ – Wandelanleihe), Mitsui & Co., Ltd. (50 Mio US\$ – Wandelanleihe), Mitsui O.S.K. Lines, Ltd. (25 Mio US\$), Nippon Kokan Kabushiki Kaisha (100 Mio DM), Nippon Seiko K.K. (15 Mio US\$), Nippon Steel Corporation (50 Mio US\$), Nippon Yusen Kabushiki Kaisha (50 Mio DM), Nisshin Steel Co., Ltd. (20 Mio US\$), Sumitomo Chemical Co., Ltd. (25 Mio US\$), Sumitomo Heavy Industries, Ltd. (15 Mio US\$), The Sanko Steamship Co. Ltd. (80 Mio DM) und Tokyo Shibaura Electric Co., Ltd. (30 Mio US\$ – Wandelanleihe).

Deutsche Direktinvestitionen

Der Anteil der Kapitalanlagen in Lateinamerika betrug Mitte 1975 mit 5115 Mio DM etwa 13% der gesamten bundesdeutschen Auslandsinvestitionen. Er lag damit bei 44% der Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern.

Warenaustausch

Bundesrepublik Deutschland – Lateinamerika

Nachdem im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Lateinamerikas in den Vorjahren kontinuierlich eine Steigerung verzeichnet werden konnte, mußte im Berichtsjahr erstmals sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen eine Abnahme hingenommen werden. Deutschen Ausfuhren im Wert von 8657,2 Mio DM (1974: 9938,5 Mio DM) standen

Einfuhren im Wert von 6293,4 Mio DM (1974: 6663,8 Mio DM) gegenüber. Damit schloß die Handelsbilanz im Vergleich zum Vorjahr mit einem deutlich verringerten Aktivsaldo von 2363,8 Mio DM (1974: 3274,7 Mio DM) ab. – Wichtigster lateinamerikanischer Handelspartner der Bundesrepublik blieb weiterhin Brasilien, das mit 35,1% (1974: 30,3%) an den deutschen Einfuhren aus Mittel- und Südamerika und mit 34,1% (1974: 38,9%) an den Ausfuhren nach diesem Raum beteiligt war. An zweiter Stelle als Lieferland stand Argentinien mit 10,1% (10,8%) vor Venezuela mit 9,1% (9,5%) und Columbien mit 9,0% (6,9%). Mit einem Anteil von 12,9% (13,6%) war Mexico zweitwichtigster lateinamerikanischer Abnehmer deutscher Waren vor Venezuela mit 10,6% (8,6%) und Argentinien mit 9,2% (10,5%).

Der Gütertausch der Bundesrepublik Deutschland mit Ibero-Amerika

Herstellungs- und Verbrauchsländer	1975*) Mio DM	Deutsche Einfuhr			1975*) Mio DM	Deutsche Ausfuhr		
		1974 Mio DM	Veränderung 1974/75 Mio DM	%		1974 Mio DM	Veränderung 1974/75 Mio DM	%
Argentinien	633,2	721,1	— 87,9	— 12,2	795,5	1 044,7	— 249,2	— 23,9
Bolivien	53,5	52,2	+ 0,7	+ 1,3	115,1	86,8	+ 28,3	+ 32,6
Brasilien	2 209,5	2 016,1	+ 193,4	+ 9,6	2 951,0	3 862,3	— 911,3	— 23,6
Chile	530,5	808,8	— 278,3	— 34,4	281,2	362,6	— 81,4	— 22,5
Columbien	564,1	455,6	+ 108,5	+ 23,8	449,1	374,3	+ 74,8	+ 20,0
Costa Rica	141,1	194,0	— 52,9	— 27,3	72,3	104,8	— 32,5	— 31,0
Cuba	20,9	16,9	+ 4,0	+ 23,7	310,0	292,3	+ 17,7	+ 6,1
Dominikanische Republik	45,6	30,0	+ 15,6	+ 52,0	58,7	78,9	— 20,2	— 25,6
Ecuador	150,3	170,2	— 19,9	— 11,7	187,8	212,0	— 24,2	— 11,4
El Salvador	162,5	197,5	— 35,0	— 17,7	74,4	100,5	— 26,1	— 26,0
Guatemala	143,9	184,2	— 40,3	— 21,9	115,0	133,5	— 18,5	— 13,9
Rep. Haiti	3,2	6,0	— 2,8	— 46,7	11,0	17,2	— 6,2	— 36,1
Rep. Honduras	106,2	93,7	+ 12,5	+ 13,3	30,1	37,1	— 7,0	— 18,9
Mexico	290,5	313,5	— 23,0	— 7,3	1 117,7	1 354,9	— 237,2	— 17,5
Nicaragua	97,0	120,1	— 23,1	— 19,2	51,6	94,1	— 42,5	— 45,2
Panama								
ohne Kanalzone	108,7	73,9	+ 34,8	+ 47,1	306,1	326,3	— 20,2	— 6,2
Paraguay	76,4	92,2	— 15,8	— 17,1	35,9	44,4	— 8,5	— 19,1
Peru	269,8	411,0	— 141,2	— 34,4	683,2	477,5	+ 205,7	+ 43,1
Uruguay	114,4	76,4	+ 38,0	+ 49,7	93,6	82,5	+ 11,1	+ 13,5
Venezuela	572,1	630,4	— 58,3	— 9,3	917,9	851,8	+ 66,1	+ 7,8
Ibero-Amerika insgesamt	6 293,4	6 663,8	— 370,4	— 5,6	8 657,2	9 938,5	— 1 281,3	— 12,9

*) Vorläufige Zahlen

Zahlen nach Herstellungs- und Verbrauchsländern

Spanien und Portugal

Nach dem Tode General Francos am 20. November 1975 hat Prinz Juan Carlos von Bourbon als König Juan I. die Regentschaft übernommen mit der Absicht, die innenpolitische Lage zu entspannen.

Spanien ist an verstärkten Handelsbeziehungen zur EG sehr interessiert, da das Defizit mit den Ländern der Gemeinschaft stark angestiegen ist. Die Handelsbilanz wies im Berichtsjahr wie in den Vorjahren einen Negativsaldo auf, wobei dieser Fehlbetrag weder durch hohe Einnahmen aus dem Fremdenverkehr noch durch Kapitalüberweisungen aus dem Ausland verringert werden konnte. Auch die ausländischen Investitionen waren rückläufig. Die in naher Zukunft erforderlich werdenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden sich mit den Problemen der steigenden Lebenshaltungskosten und der zunehmenden Arbeitslosigkeit befassen.

Für *Portugal* war die Entlassung der Überseeprovinzen Moçambique, Cabo Verde, Sao Tomé e Príncipe und Angola aus dem Staatsverband das politisch wichtigste Ereignis.

Entsprechend der unsicheren innenpolitischen Entwicklung ergaben sich auch Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet. Dies zeigte sich vor allem in der stark nachlassenden Investitionsbereitschaft des In- und Auslandes. Dazu trugen Verstaatlichungstendenzen, die u. a. bei Banken und Versicherungen bereits realisiert wurden, erheblich bei, obwohl dabei Auslandskapital bisher noch nicht betroffen war.

Im Außenhandel erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit beträchtlich. Diese Entwicklung war bei stark gestiegenen Importen auf einen deutlichen Rückgang des Warenaustausches mit den ehemaligen Kolonien zurückzuführen. Gegen Jahresende 1975 wurde ein wirtschaftliches Notprogramm verkündet, um die Ziele zur Verringerung des Außenhandelsdefizits, zur Steigerung der Investi-

tionstätigkeit und zur Erhöhung der Produktionsleistung bei gleichzeitiger Senkung des Konsums von Luxus- und Importgütern zu erreichen. Längerfristig strebt Portugal ebenso wie Spanien eine Mitgliedschaft in der EG an.

Da einer Einschränkung der deutschen Exporte nach Spanien 1975 eine geringfügige Zunahme der Importe aus Spanien gegenüberstand, ging der Aktivsaldo der Bundesrepublik mit 1 589,3 Mio DM im Vergleich zum Vorjahr (1974: 2 197,1 Mio DM) beträchtlich zurück. — Im Warenaustausch mit Portugal verringerte sich der Exportüberschuß der Bundesrepublik bei leicht gestiegenen Importen und deutlich vermindertem Export nach Portugal von 1 199,4 Mio DM in 1974 auf 465,4 Mio DM im Berichtsjahr.

Japan

Die Wirtschaft Japans stand auch im Berichtsjahr zunächst im Zeichen einer seit Beginn des Jahres 1974 andauernden Konjunkturabschwächung. Jedoch zeigten sich bereits Mitte 1975 Anzeichen einer Erholung als Erfolg der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung. Die Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation und der Korrektur der Zahlungsbilanzentwicklung sind nicht zu übersehen. Die Verbrauchernachfrage hat sich belebt, und die Unternehmungen überdenken ihre abwartende Haltung hinsichtlich der Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen. Es wurden vier Anti-Rezessionsprogramme verabschiedet und vier, allerdings nur geringfügige, Diskontsatzsenkungen vorgenommen. Alle diese Maßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, daß die Zahl der monatlich registrierten Konkurse im Berichtsjahr ihren höchsten Stand seit dem Ende des 2. Weltkrieges erreichte. Das Bruttosozialprodukt für den Zeitraum eines Fiskaljahres ging seit 1945 erstmalig zurück; ferner ergab sich die höchste Arbeitslosenquote seit 1959. Auf dem Außen-

	Deutsche Einfuhr				Deutsche Ausfuhr			
	1975*)	1974	Veränderung	%	1975*)	1974	Veränderung	%
	Mio DM	Mio DM	1974/75 Mio DM		Mio DM	Mio DM	1974/75 Mio DM	
Spanien	2 174,7	2 142,7	+ 32,0	+ 1,5	3 764,0	4 339,8	— 575,8	— 13,3
Portugal	547,0	482,8	+ 64,2	+ 13,3	1 012,4	1 682,2	— 669,8	— 39,9

*) Vorläufige Zahlen

Zahlen nach Herstellungs- und Verbrauchsländern

handelssektor konnte sich gegen Ende 1975 eine positive Tendenz durchsetzen, da die Überschüsse bei steigenden Im- und Exporten zunahmen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten pendelte sich auf den vor der weltweiten Erdölkrise üblichen Inflationsrhythmus ein.

Im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Japan konnten die deutschen Importe mit einem Wert von 4292,2 Mio DM (1974: 3477,9 Mio DM) im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung verzeichnen, während die deutschen Exporte nach Japan im Berichtsjahr mit einem Wert von 2350,6 Mio DM (1974: 3243,6 Mio DM) beträchtlich abnahmen. Dadurch vergrößerte sich der Passivsaldo der Handelsbilanz auf 1941,6 Mio DM (1974: 234,3 Mio DM).

Veröffentlichungen

Wir berichten ausführlich über die Entwicklung in den einzelnen Staaten Lateinamerikas sowie über Spanien und Portugal in unserem monatlich erscheinenden »Wirtschaftsbericht« und im »Jahresrückblick«, der alljährlich im Januar herauskommt. Außerdem veröffentlichen wir Spezialinformationen über Japan.

Die Auswertung des Kreditgeschäfts erfolgte bei unseren Auslandsstellen.

Die deutschen Niederlassungen gewährten Kredite über insgesamt 2 Milliarden, die im Auslandende tätig sind. Einmalwertbeträgen für nicht erwerbsfähige Personen haben wir in der zulässigen Höhe gebildet. Soweit Kredite in Höhe von 100 Millionen DM oder mehr vergeben wurden, wurden sie durch ein Kreditsicherungsunternehmen gesichert.

Unsere Umsätze im Discontogeschäft entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr bei den einzelnen Niederlassungen sehr unterschiedlich. Während im Zahlungsvorkehr und im Einzahlungsgeschäft Verbesserungen, auch im Ertrag, erzielt werden konnten, ermäßigten sich Umsätze und Ertrag im Discontogeschäft. Unsere Niederlassung in Argentinien hat trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Lande im Discontogeschäft hervorragende Ergebnisse erzielt.

Die Zahl unserer Mitarbeiter hat sich trotz Auswertung des Geschäftsfelds von den 1325 Mitarbeitern (1974: 1300) auf 1335 im Ausland (1974: 1300) erhöht. Der Anteil der weiblichen Angestellten an der Gesamtzahl der Mitarbeiter betrug 27 %.

Die Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband der Deutschen Sparkassen und Girovereine hat sich im Berichtsjahr auf der Ebene der Geschäftsleitung und der Aufsichtsräte intensiviert.

Auch 1975 haben wir die Ausrichtung unserer internationalen Kreditgeschäfte durch Fachabteilungen, Fremdsprachensekretariate sowie den Austausch von Fachwissenschaftlern zwischen unseren Niederlassungen im In- und Ausland.

Der verstärkten Entwicklung unserer argentinischen Filiale und der intensiveren Zusammenarbeit mit anderen argentinischen Banken widmen wir auch in 1975 unsere besondere Aufmerksamkeit.

Alexander von Meißner, Präsident der Deutschen Sparkassen- und Girovereine, hat die Entwicklung der Bank im Berichtsjahr lobend bewertet und auch die Zusammenarbeit mit anderen Banken und Sparkassen hervorgehoben.

Mit dem steigenden Umsatz der Deutsche Bank in 1975 hat sich auch die Zahl der Mitarbeiter erhöht.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat am 31. Dezember 1975 mit 97,4 % an deutschen Aktionären beteiligt. Einziges ein Konzernverhältnis gemäß § 15 Abs. 1.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat beschlossen, die Deutsche Sparkassenbank AG zum 1. Januar 1976 aufzunehmen. Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat beschlossen, die Deutsche Sparkassenbank AG zum 1. Januar 1976 aufzunehmen. Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat beschlossen, die Deutsche Sparkassenbank AG zum 1. Januar 1976 aufzunehmen.

Unsere Bank schloß das Geschäftsjahr 1975 mit einem guten Ergebnis ab. Es wird vorgeschlagen, auf das im Berichtsjahr erhöhte Grundkapital eine Dividende von 10% auszuschütten.

Die *Bilanzsumme* erhöhte sich von 1 759,4 Mio DM um 509,8 Mio DM auf 2 269,2 Mio DM; dies entspricht einer Steigerung von 29,0%. Das *Geschäftsvolumen* stieg infolge geringerer Inanspruchnahme unserer Rediskontlinien gegenüber dem 31. Dezember 1974 lediglich um 23,2% und beträgt 2 282,6 Mio DM.

Die Geschäftsausweitung erfolgte bei unseren Auslandsfilialen, insbesondere bei den Niederlassungen in Japan und Luxemburg. Infolge der Paritätsveränderungen kommt der Anteil unserer Niederlassungen in Argentinien, Brasilien und Paraguay in der Gesamt-DMark-Bilanz nicht voll zum Ausdruck; diese Niederlassungen haben ebenfalls zufriedenstellend gearbeitet und positive Ergebnisse erzielt.

Der Anteil unserer Auslandsfilialen am Bilanzvolumen beträgt annähernd 70% gegenüber 60% im Vorjahr.

Unsere *Barreserve* (Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sowie ausländischen Zentralbanken und Postscheckguthaben) ermäßigte sich um 46,6 Mio DM auf 121,2 Mio DM; dies ist eine Folge der Erleichterungen der Mindestreservebestimmungen in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem für Einlagen von Ausländern. Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern, Eigenen Akzepten und Solawechseln im Umlauf sowie Sonstigen Verbindlichkeiten belief sich auf 1 795,3 Mio DM. Das Verhältnis der Barreserve (Barliquidität) hierzu beträgt 6,8%, im Vorjahr 11,6%.

Die uns anvertrauten Gelder, ausgewiesen in den Bilanzpositionen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern, erhöhten sich auf 1 601,8 Mio DM (1974: 1 317,9 Mio DM); die Steigerung beträgt 21,5%. Im letzten Teil unseres Berichts stellen wir die Entwicklung der Verbindlichkeiten im einzelnen dar.

Das *Kreditgeschäft* entwickelte sich wie folgt:

	31. 12. 1975 Mio DM	31. 12. 1974 Mio DM
Wechselkredite	424,7	387,4
Kredite an Banken	140,8	67,9
Forderungen an Kunden	1 030,5	783,9
	<u>1 596,0</u>	<u>1 239,2</u>

Die Ausweitung des Kreditgeschäfts erfolgte bei unseren Auslandsfilialen.

Die deutschen Niederlassungen gewährten Kredite überwiegend an Kunden, die im Außenhandel tätig sind.

Sammelwertberichtigungen für nicht erkennbare Risiken haben wir in der zulässigen Höhe gebildet; soweit Risiken festgestellt werden konnten, wurden sie durch Einzelwertberichtigungen gedeckt.

Unsere Umsätze im Dienstleistungsgeschäft entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr bei den einzelnen Niederlassungen sehr unterschiedlich. Während im Zahlungsverkehr und im Effektengeschäft Steigerungen, auch im Ertrag, erzielt werden konnten, ermäßigten sich Umsätze und Ertrag im Devisengeschäft. Unsere Niederlassung in Argentinien hat trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Lande im Dienstleistungsgeschäft befriedigend gearbeitet.

Die Zahl unserer Mitarbeiter hat sich trotz Ausweitung des Geschäfts kaum verändert. Von den 1 396 Mitarbeitern (1974: 1 399) waren 935 im Ausland tätig. Der Anteil der weiblichen Angestellten an der Gesamtzahl der Mitarbeiter betrug 37%.

Die Zusammenarbeit mit dem Gesamtbetriebsrat der deutschen Niederlassungen gestaltete sich wiederum positiv; wir besprachen mit ihm laufend personelle, soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten.

Auch 1975 setzten wir die Ausbildung unserer Mitarbeiter fort, insbesondere durch Fachlehrgänge, fremdsprachliche Kurse sowie den Austausch von Nachwuchskräften zwischen unseren Niederlassungen im In- und Ausland.

Der sozialen Betreuung unserer Angestellten, Pensionäre und der Hinterbliebenen ehemaliger Institutsangehöriger widmeten wir auch in 1975 unsere besondere Aufmerksamkeit.

Allen Angehörigen unseres Hauses, die durch ihren Einsatz zur positiven Entwicklung der Bank beigetragen haben, sprechen wir auch an dieser Stelle unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

Mit dem bisherigen Ablauf der Geschäfte unserer Bank in 1976 sind wir zufrieden.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft war am 31. Dezember 1975 mit 97,4% an unserem Aktienkapital beteiligt. Es besteht ein Konzernverhältnis gemäß § 18 AktG.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft beabsichtigt, die Deutsche Ueberseeische Bank gem. § 320 AktG einzugliedern. Eine entsprechende Beschlußfassung ist in der Tagesordnung für die Hauptversammlung vorgesehen. Zur Wirksamkeit des Beschlusses ist die Zustimmung

der Hauptversammlung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft erforderlich.

Im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG wurde für das Geschäftsjahr 1975 erklärt:

»Soweit dem Vorstand bei sorgfältiger Überprüfung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen im Sinne von § 312 AktG bekannt ist, hat die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und dadurch, daß die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, keine Nachteile erlitten.«

Die geschäftlichen Beziehungen zur Deutschen Bank Aktiengesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erstreckten sich auf bankübliche Transaktionen.

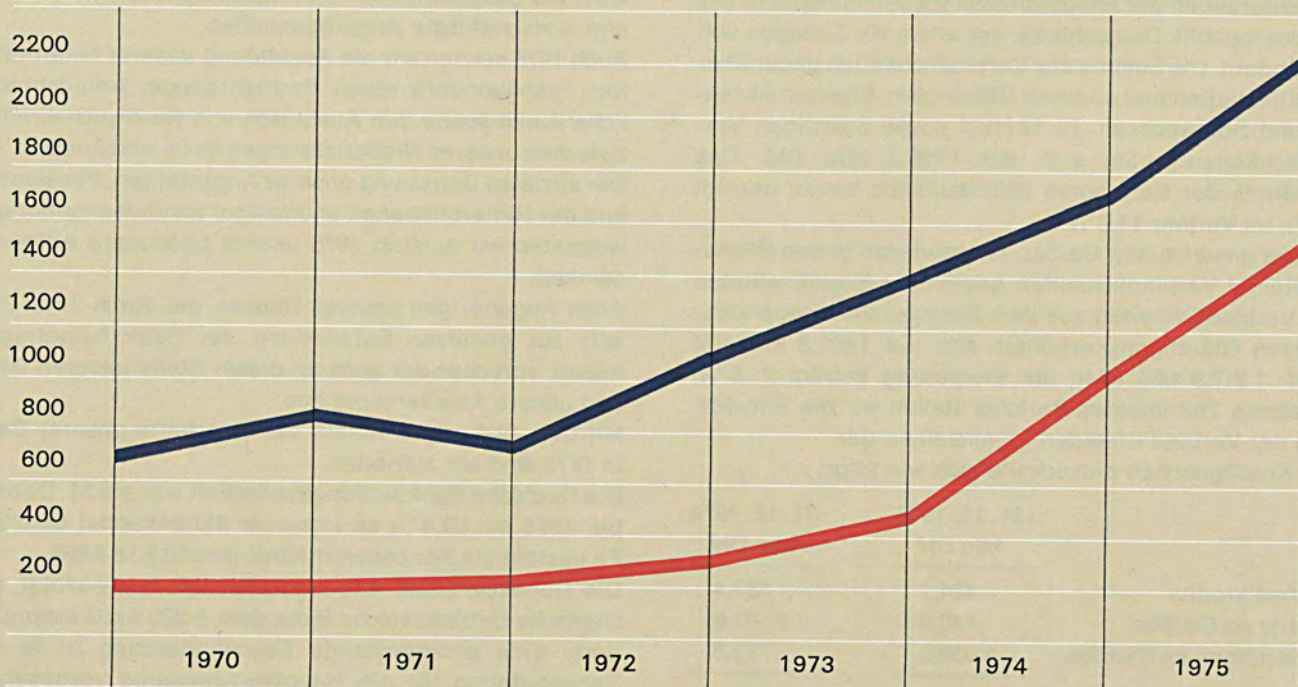
In 1975 unterhielt die Deutsche Bank Aktiengesellschaft bei uns größere Guthaben.

Der Jubiläumsstiftung der Deutschen Ueberseeischen Bank GmbH, deren Kapital sich voll in unserem Besitz befindet, stellten wir im Berichtsjahr 40 000,— DM zur Verfügung; diese Dotation ist steuerfrei.

Bilanzsumme Gesamtbank

■ Bilanzsumme ■ Auslandsfilialen (in DM)

Mio. DM



Zu einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung geben wir die nachfolgenden Erläuterungen:

BILANZ

Wechsel

Unser Wechselbestand erhöhte sich von 284,5 Mio DM auf 396,3 Mio DM, darunter 248,8 Mio DM (62,8%) bundesbankfähige Abschnitte. Außerdem hielten unsere Filialen im Ausland Abschnitte mit Restlaufzeiten bis zu 90 Tagen im Gegenwert von 68,2 Mio DM im Portefeuille. Die weiteren Wechsel sind Abschnitte, deren Restlaufzeiten 90 Tage überschreiten oder deren Domi-

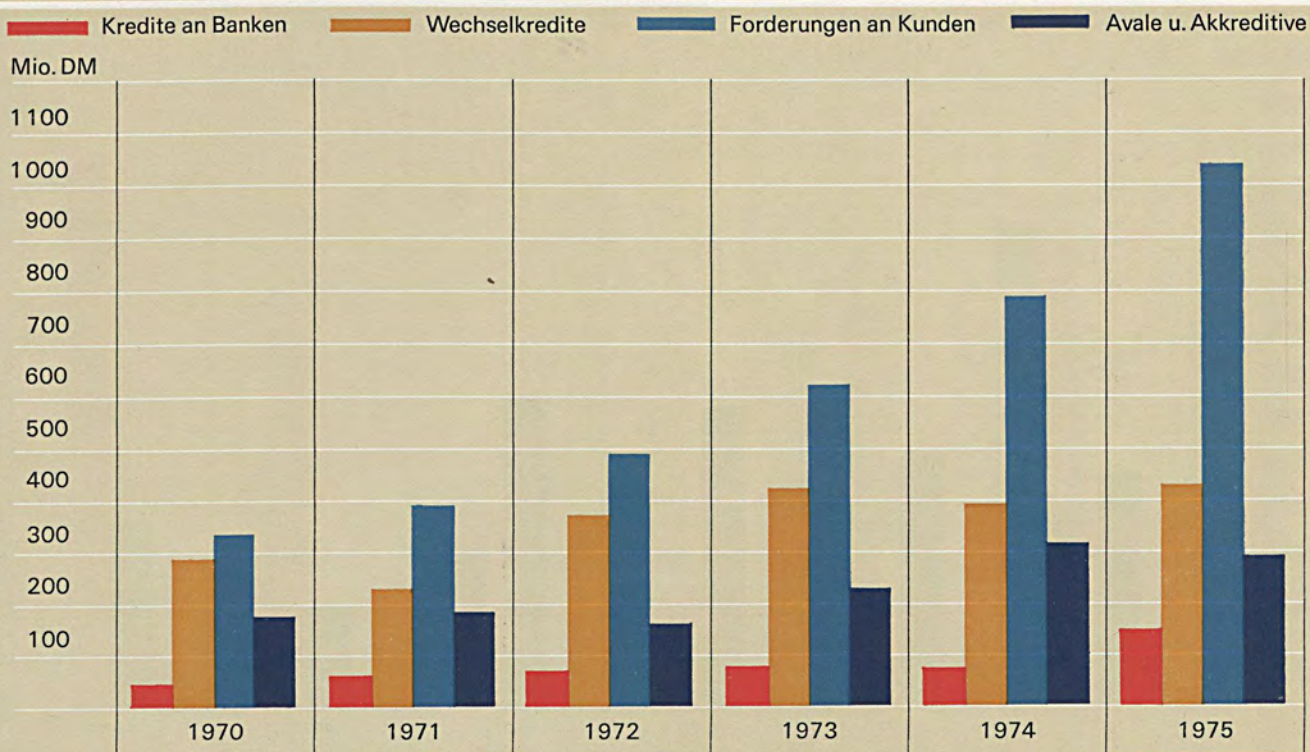
zilierung nicht den Rediskontbestimmungen der Deutschen Bundesbank entspricht.

Bei den ausgewiesenen Eigenen Ziehungen in Höhe von 64,4 Mio DM handelt es sich ausschließlich um Solawechsel, die wir vom Aussteller direkt angekauft haben.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen 329,4 Mio DM gegenüber 261,3 Mio DM zum 31. Dezember 1974; davon entfallen 140,8 Mio DM (1974: 67,9 Mio DM) auf Kredite an Banken und 188,6 Mio DM (1974: 193,4 Mio DM) auf Nostroguthaben einschließlich der Salden auf Verrechnungskonten. Erhöht haben sich die Kreditgewährungen an südamerikanische und japanische Banken.

Kreditgeschäft



Schatzwechsel

Unsere Filiale in São Paulo/Brasilien kaufte vom brasilianischen Bundesschatzamt »Letras de Tesouro Nacional«, der Gegenwert stellt sich auf 3,6 Mio DM (1974: 3,4 Mio DM).

Anleihen, Schuldverschreibungen und Wertpapiere

Unsere Eigenbestände, nach dem Niederstwertprinzip bewertet, betragen insgesamt 17,3 Mio DM (1974: 12,6 Mio DM). Der erhöhte Ausweis ist in erster Linie auf größere Bestände unserer Filiale in São Paulo an Schuldverschreibungen des brasilianischen Bundesstaates zurückzuführen.

Eigene Aktien hatten wir nicht im Bestand. Am 31. Dezember 1975 waren uns 480 000,— DM nominal Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank als Kreditsicherheit verpfändet.

Forderungen an Kunden

Der Bilanzausweis erhöhte sich um 246,6 Mio DM auf 1 030,5 Mio DM; dies entspricht einer Ausweitung um 31,5%. Kurz- und mittelfristige Kredite stiegen um 135,1 Mio DM, langfristige Engagements um 111,5 Mio DM.

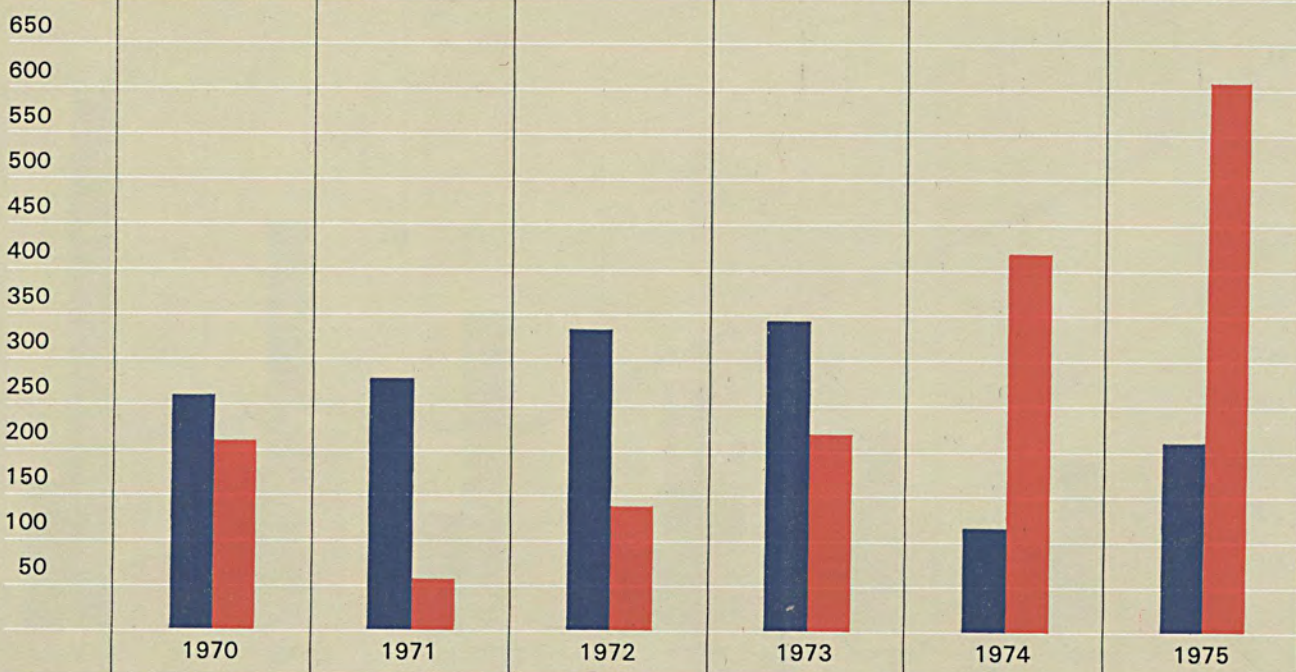
Die Ausweitung erfolgte bei unseren Filialen in Japan und Luxemburg. Die Forderungen der deutschen Niederlassungen waren rückläufig, die der Filialen in Südamerika haben sich — in D-Mark gerechnet — nicht wesentlich verändert.

Für langfristige Finanzierungen deutscher Export-

Verbindlichkeiten gegenüber Banken

■ täglich fällig ■ Termingelder

Mio. DM



geschäfte hat uns die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zweckgebundene Gelder zur Verfügung gestellt; zum 31. Dezember 1975 waren es 0,7 Mio DM. Die von den Kreditnehmern erhaltenen Sicherheiten haben wir an die KfW abgetreten.

Ausgleichs- und Deckungsforderungen

Der Rückgang der Ausgleichs- und Deckungsforderungen von 2,3 Mio DM auf 0,2 Mio DM ist vor allem auf die Berichtigung unserer Altbankenrechnung zurückzuführen. Die durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse verursachten Eingriffe in das Vermögen unserer Bank finden durch die Rückgabe von Ausgleichsforderungen auch bilanzmäßig eine abschließende Regelung.

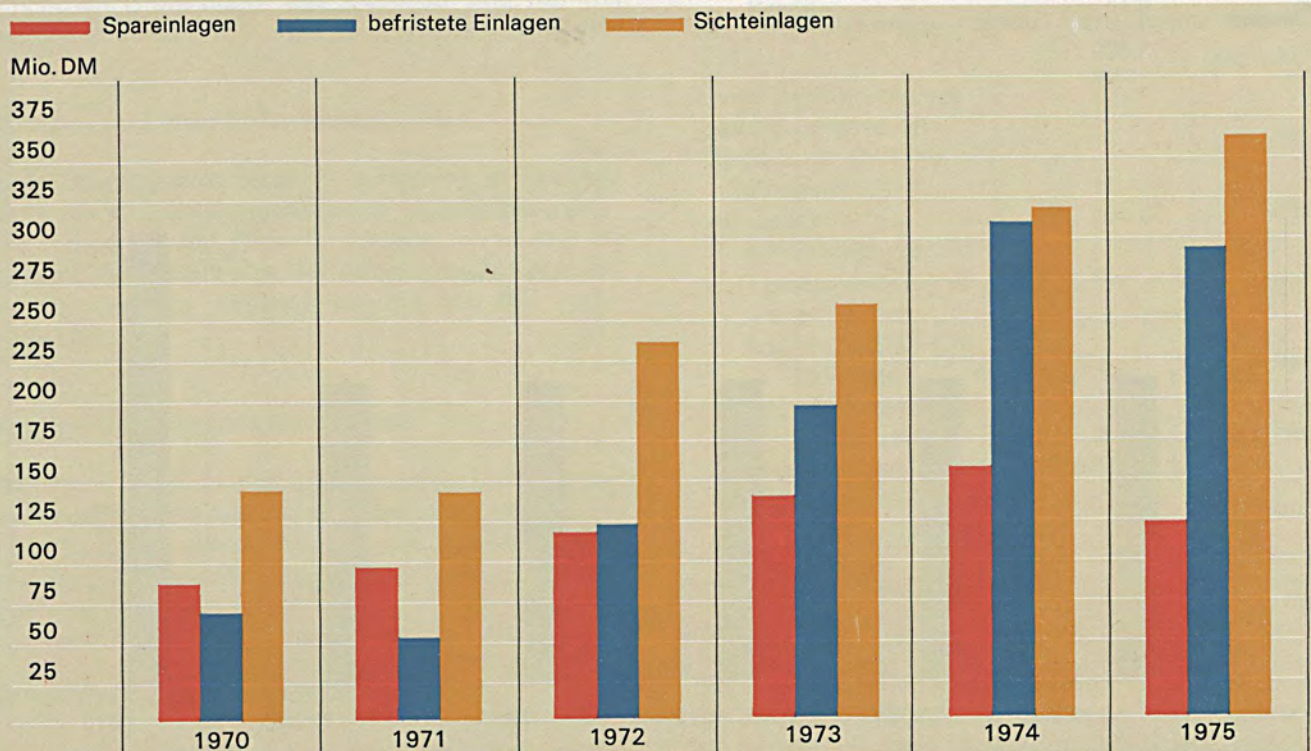
Der in der Bilanz verbleibende Ausweis von 0,2 Mio DM

betrifft Ausgleichsforderungen gemäß § 33 UEG und Deckungsforderungen.

Durchlaufende Kredite

Für Kredite, die von uns im eigenen Namen für Rechnung Dritter gewährt werden, ist auf der Passivseite ein gleicher Betrag ausgewiesen. Fast alle Kreditnehmer haben ihren Sitz im Ausland.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern



Beteiligungen

Am 31. Dezember 1975 war unsere Bank an folgenden Kreditinstituten und Unternehmen beteiligt:

ADELA Investment Company S.A., Luxemburg
 AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main
 Banco Itaú de Investimento S.A., São Paulo/Brasilien
 Banco de Montevideo, Montevideo/Uruguay
 Compagnie Financière de la Deutsche Bank AG, Luxemburg
 Companhia Brasileira de Entrepósitos e Comércio — COBEC —, São Paulo/Brasilien
 Compañía de Mandatos Inmobiliaria y Financiera S.A., Buenos Aires/Argentinien
 Compañía Paraguaya de Desarrollo S.A. — COMDESA —, Asunción/Paraguay

Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH, Frankfurt/Main

Ibero-Amerika Bank Aktiengesellschaft, Bremen

IMOBAL — Imobiliária e Administradora Ltda., São Paulo/Brasilien

Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main

Privatdiskont-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main

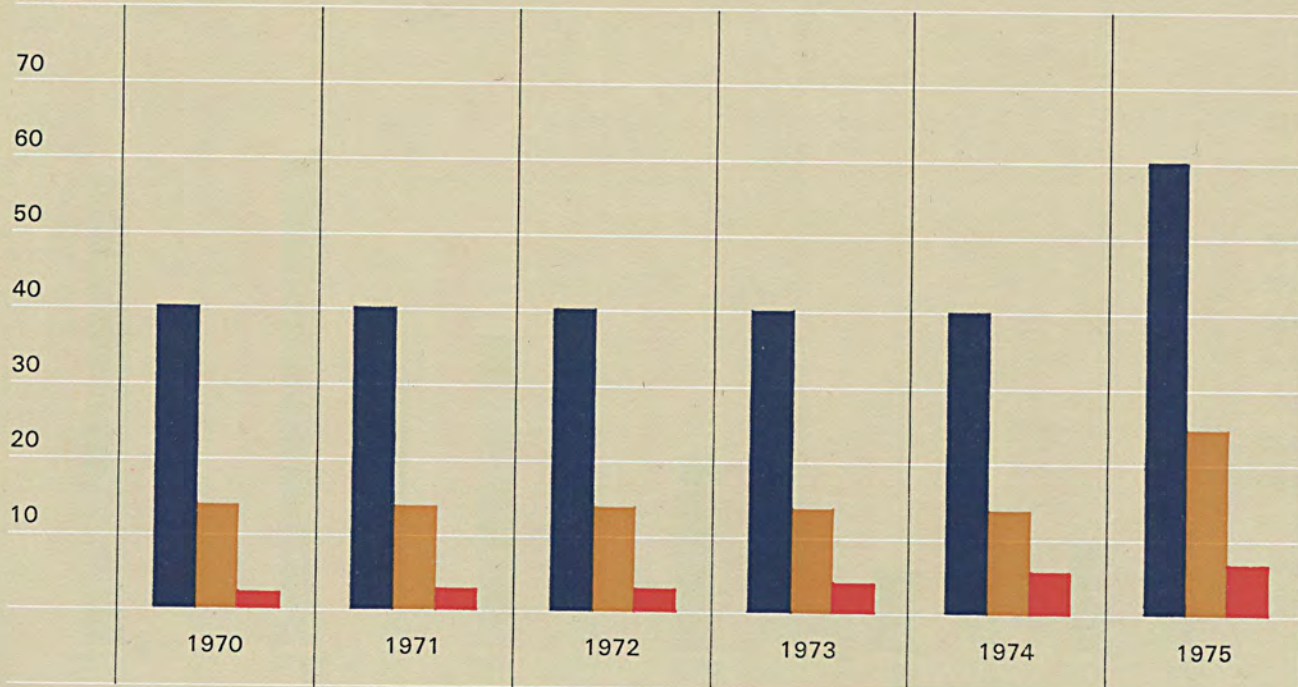
Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzposition um 1,3 Mio DM auf 13,2 Mio DM erhöht. Wir haben unsere Beteiligung an der Ibero-Amerika Bank AG um ca. 3% auf etwa 28% aufgestockt, uns an einer Kapitalerhöhung der Companhia Brasileira de Entrepósitos e Comércio — COBEC — beteiligt und entsprechend unserer bereits im Vorjahr erklärten Bereitschaft einen Anteil an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH übernommen. Mit diesem Anteil ist neben einer Nachschußpflicht bis zu

Eigene Mittel

■ Grundkapital ■ gesetzl. Rücklagen ■ freie Sonderreserven

Mio. DM



1 275 000,— DM auch eine Eventualhaftung für die Nachschußpflicht anderer Gesellschafter, die Mitglieder des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. sind, verbunden.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und GmbH-Anteile bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 0,1 Mio DM.

Grundstücke und Gebäude

Unsere Grundstücke und Gebäude bilanzieren wir mit 14,0 Mio DM gegenüber 14,2 Mio DM zum 31. Dezember 1974. Den Abgängen in Höhe von 0,2 Mio DM stehen Zugänge von 0,4 Mio DM gegenüber. Abschreibungen nahmen wir in der zulässigen Höhe vor, sie betragen 0,4 Mio DM.

Unser Grundstück Hamburg, Ferdinandstraße/Ecke Brandsende, ist 1970 auf grundbuchlich gesicherter Rentenbasis erworben worden; ein 1974 gekauftes Grundstück in Buenos Aires ist noch mit einer übernommenen Hypothek belastet. Alle übrigen im Eigentum der Bank befindlichen Grundstücke und Gebäude sind frei von Grundpfandrechten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Ausdehnung des Geschäfts erforderte im Berichtsjahr weitere aktivierungspflichtige Aufwendungen in Höhe von 1,3 Mio DM. Nach Verbuchung von 1,4 Mio DM Abschreibungen stellt sich der Bilanzausweis unter Berücksichtigung der Abgänge auf 6,4 Mio DM (1974: 6,5 Mio DM).

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter dieser Position sind unter anderem ausgewiesen verschiedene Anzahlungen an Lieferanten, Restforderungen für die in Buenos Aires als Stockwerkseigentum verkauften Wohnungen sowie von uns gestellte Kautionen für gemietete Räume.

Rechnungsabgrenzungsposten

Hier haben wir im voraus bezahlte Zinsen, Kosten und Mieten abgegrenzt.

Verbindlichkeiten

Unsere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern entwickelten sich wie folgt:

	31. 12. 1975 Mio DM	31. 12. 1974 Mio DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	215,7	115,9
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
ba) bis zu drei Monaten	63,5	80,4
bb) drei Monaten bis zu vier Jahren	485,6	270,5
bc) vier Jahren und mehr	17,8	10,4
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	44,0	55,3
	<u>826,6</u>	<u>532,5</u>
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern		
a) täglich fällig	364,4	317,2
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
ba) bis zu drei Monaten	164,8	177,7
bb) drei Monaten bis zu vier Jahren	122,5	132,2
c) Spareinlagen		
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	82,1	121,9
cb) sonstige	41,4	36,4
	<u>775,2</u>	<u>785,4</u>

Die uns von Kreditinstituten anvertrauten Gelder sind um 294,1 Mio DM (55,2 %) gestiegen. Termingelder erhöhten sich um 194,3 Mio DM, täglich fällige Gelder um 99,8 Mio DM.

Peso-Einlagen, die wir aufgrund des argentinischen Gesetzes Nr. 20 520 vom 22. August 1973 über die Nationalisierung der Einlagen im Namen und für Rechnung des Banco Central de la República Argentina hereingenommen haben, wurden mit 119,3 Mio DM (31. Dezember 1974: 170,5 Mio DM) unter den Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern ausgewiesen.

Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf

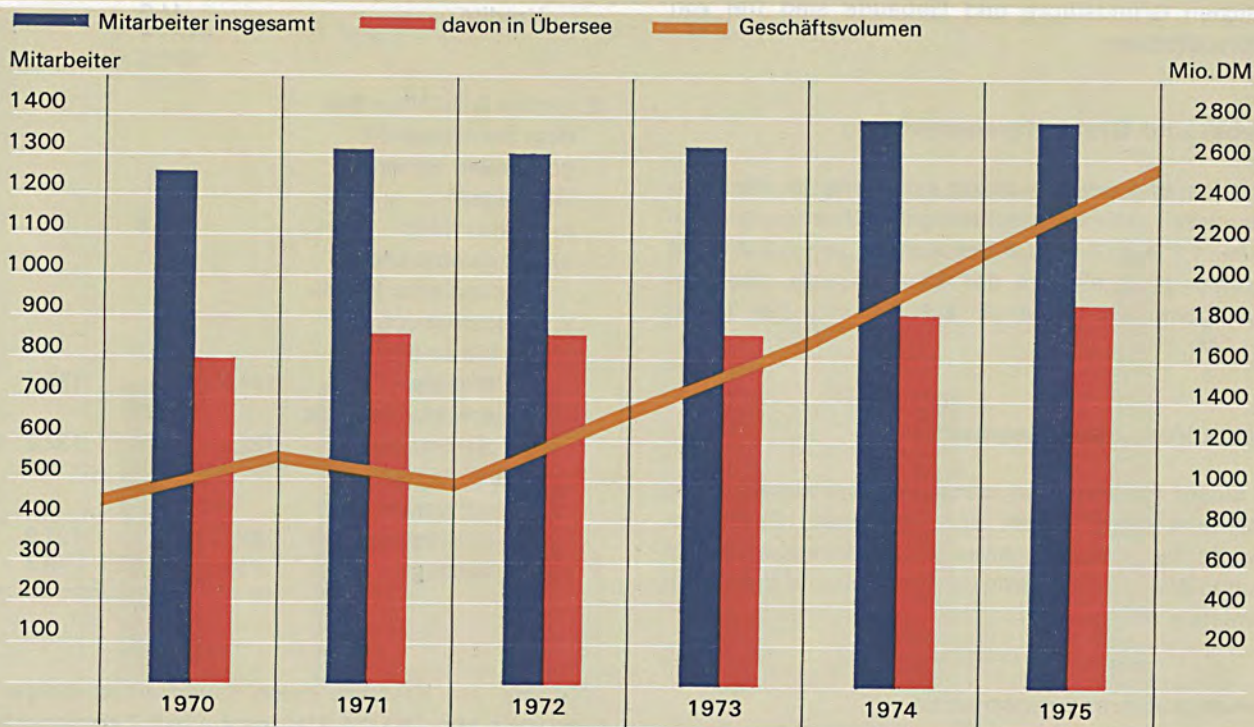
Unsere Eigenen Akzepte und Solawechsel im Umlauf erhöhten sich von 129,3 Mio DM auf 190,6 Mio DM, sie dienen überwiegend der Refinanzierung unserer Filiale in Japan.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen erhöhten wir entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten von 8,0 Mio DM auf 9,6 Mio DM. Dieser Betrag entspricht dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwert. Die Aufstockung ist vor allem auf die gestiegenen Gehälter und die Anhebung der laufenden Pensionszahlungen zurückzuführen.

Andere Rückstellungen erhöhten sich um 3,2 Mio DM auf 23,7 Mio DM; sie enthalten im wesentlichen Rückstellungen für Steuern, Kosten anlässlich des Jahresabschlusses, Sammelwertberichtigungen auf Eventualforderungen, ferner Beträge, die an den Bund wegen der Abrechnung unserer Altbankenrechnung noch abzuführen sind, und ungewisse Verpflichtungen.

Entwicklung von Mitarbeiterzahl und erweitertem Geschäftsvolumen



Erweitertes Geschäftsvolumen: Bilanzsumme und Indossamentsverbindlichkeiten sowie Avale und Akkreditive

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten abzuführende Steuern und Beiträge für Dritte, unsere Verpflichtung aus dem auf Rentenbasis im Jahre 1970 in Hamburg erworbenen Grundstück sowie sonstige Verpflichtungen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Position enthält vereinnahmte Zinsen und Provisionen, die auf die Zeit nach dem 31. Dezember 1975 entfallen.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Diesem Sonderposten haben wir im Berichtsjahr nach dem Entwicklungsländer-Steuergesetz auf unsere Investitionen in Argentinien, Brasilien und Paraguay 0,3 Mio DM zugeführt, 0,3 Mio DM wurden planmäßig aufgelöst. Außerdem wurde nach der steuerlichen Verwaltungsvorschrift über Sammelwertberichtigungen ein Betrag von 1,6 Mio DM in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen, so daß sich insgesamt für diese Position ein Ausweis von 3,5 Mio DM ergibt.

Kapital und Rücklagen

Am 18. März 1975 hat der Vorstand beschlossen, von der durch die Hauptversammlung vom 25. Juni 1974 erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und das Grundkapital um 20 Mio DM zu erhöhen. Der Aufsichtsrat hat hierzu am gleichen Tage seine Zustimmung erteilt. Das Grundkapital wurde von 40 Mio DM auf 60 Mio DM durch Ausgabe neuer Inhaberaktien erhöht, die von der Deutschen Bank AG, Frankfurt/Main, zum Ausgabekurs von 150% übernommen wurden mit der Verpflichtung, sie den Aktionären zum gleichen Kurs im Verhältnis 2:1 mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1975 zum Bezug anzubieten.

Der Verwertungserlös in Höhe von 30 000 000,— DM ist uns zugeflossen. Unsere Eigenmittel haben sich um diesen Betrag erhöht.

Aus dem Jahresüberschuß 1975 wurden der Position Andere Rücklagen (freie Sonderreserve) 2 000 000,— DM zugeführt.

Die ausgewiesenen Eigenmittel der Bank setzen sich so dann wie folgt zusammen:

	31. 12. 1975 Mio DM	31. 12. 1974 Mio DM
Grundkapital	60,0	40,0
Rücklagen		
a) gesetzliche Rücklage	24,0	14,0
b) andere Rücklagen (freie Sonderreserve)	5,5	5,5
Zuführung 1975	2,0	—,—
	<u>91,5</u>	<u>59,5</u>

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 26. Mai 1975 wurde erneut ein genehmigtes Kapital von 20 Mio DM geschaffen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Ertrag des Geschäftsvolumens

Das Zinsgeschäft entwickelte sich wie folgt:

	1975 Mio DM	1974 Mio DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	130,6	136,7
Laufende Erträge aus Wertpapieren, Schuldbuchforderungen und Beteiligungen	1,7	2,4
	132,3	139,1
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	81,7	89,6
Ertrag des Geschäftsvolumens	50,6	49,5

Infolge der weltweiten Ermäßigung der Zinsen während des Berichtsjahres gingen Zinserträge und Zinsaufwendungen zurück. Die leichte Verbesserung unseres Zinsnutzens ist bei reduzierter Zinsmarge ausschließlich auf das höhere Geschäftsvolumen zurückzuführen.

Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft

Wie bereits erwähnt, waren die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr insgesamt rückläufig, sie betragen 21,5 Mio DM (1974: 26,7 Mio DM). Dieser Rückgang betrifft insbesondere Erträge im Devisengeschäft, sowohl in Deutschland als auch in Übersee. – Die Erträge im Effektingeschäft waren im Berichtsjahr bei allen Niederlassungen unserer Bank größer als 1974.

Andere Erträge

Unsere anderen Erträge des ordentlichen und außerordentlichen Geschäfts einschließlich der *Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen* beliefen sich auf 3,8 Mio DM (1974: 2,6 Mio DM).

Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen und Erträge aus freigewordenen Wertberichtigungen wurden

mit Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie mit Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft verrechnet. Der hiernach verbliebene Überhang der Aufwendungen in Höhe von 3,7 Mio DM (1974: 8,5 Mio DM) wird unter *Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft* auf der Aufwandseite ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand

Die Personalaufwendungen (*Gehälter und Löhne, Soziale Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung*) betrugen insgesamt 34,2 Mio DM gegenüber 38,0 Mio DM im Vorjahr. Die Ermäßigung ist ausschließlich eine Folge der veränderten Währungsparitäten, insbesondere in Argentinien.

Der *Sachaufwand für das Bankgeschäft* war mit 10,0 Mio DM um 0,6 Mio DM geringer als im Vorjahr. Auch dies ist auf die Paritätsveränderungen zurückzuführen.

Steuern

Der verbesserte Jahresüberschuß führte zu einer Erhöhung unserer *Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen*. In 1975 haben wir insgesamt 13,2 Mio DM (1974: 8,4 Mio DM) gezahlt bzw. zurückgestellt. Die *Sonstigen Steuern* betrugen 0,6 Mio DM gegenüber 0,3 Mio DM im Vorjahr.

Sonstige Aufwendungen

Unsere *Sonstigen Aufwendungen* in Höhe von 5,5 Mio DM (1974: 3,5 Mio DM) betreffen vor allem Kursdifferenzen in Südamerika.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Berichtsjahr betrugen 491 292,03 DM; frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 259 084,— DM, davon zahlte die Deutsche Bank AG 143 084,— DM. Der Aufsichtsrat erhielt an festen Bezügen 57 740,— DM; als veränderliche Aufsichtsratsvergütung haben wir 86 610,— DM zurückgestellt.

Jahresüberschuß und Gewinnverwendungsvorschlag

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt wie folgt:

Erträge	159 547 170,60 DM
Aufwendungen	151 547 170,60 DM
Jahresüberschuß	8 000 000,— DM
Einstellung in Offene Rücklagen	2 000 000,— DM
Bilanzgewinn	6 000 000,— DM

Wir schlagen den Aktionären vor, den gesamten Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende von 5,— DM pro Aktie von nominal 50,— DM zu verwenden, das sind 10% auf das Grundkapital von 60,0 Mio DM.

Berlin — Hamburg, im Februar 1976

Der Vorstand

Knorr Meißner Rodenstein

Frankfurt, im März 1976

Der Aufsichtsrat

Friedrich Heine

Vorsitzender

In den Sitzungen des Aufsichtsrates und im Kreditausschuß des Aufsichtsrates wurden die Berichte des Vorstandes über grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung, über Geschäftsentwicklung und Rentabilität sowie über wichtige Einzelvorgänge erörtert. Ferner wurden die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Durch den Mehrheitsaktionär, die Deutsche Bank AG, wurde der Aufsichtsrat über die Absicht unterrichtet, die Eingliederung in die Deutsche Bank AG gemäß § 320 AktG zu beschließen.

Der vorliegende Jahresabschluß 1975 und der Geschäftsbericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis — auch aufgrund eigener Prüfung — zustimmend Kenntnis genommen.

Er hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß und Geschäftsbericht gebilligt; Vorstand und Aufsichtsrat haben damit den Jahresabschluß festgestellt. Dem Vorschlag für die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Außerdem hat der Vorstand dem Aufsichtsrat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG 1965 sowie den hierzu von der Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat die Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, das folgende Testat erteilt:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, daß

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.«

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen und nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen die auf Seite 22 des Geschäftsberichtes abgedruckte Schlußerklärung des Vorstandes keine Einwendungen erhoben.

Frankfurt, im März 1976

Der Aufsichtsrat

Franz Heinrich Ulrich
Vorsitzender

Aktiva

Deutsche Ueberseeische Bank

	DM	DM	Vorjahr in TDM
Kassenbestand		4 948 933,42	9 131
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		34 732 169,71	76 579
Guthaben bei ausländischen Zentralbanken		81 364 834,92	81 948
Postscheckguthaben		132 308,94	123
Wechsel		396 274 475,32	284 461
darunter:			
a) bundesbankfähig DM 248 758 084,42			
b) eigene Ziehungen DM 64 411 660,58			
Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	55 928 632,26		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
ba) weniger als drei Monaten	93 330 657,04		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	175 098 363,18		
bc) vier Jahren oder länger	5 068 703,40	329 426 355,88	261 328
Schatzwechsel			
a) des Bundes und der Länder	—,—		
b) sonstige	3 649 563,46	3 649 563,46	3 365
Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren			
aa) des Bundes und der Länder DM —,—			
ab) von Kreditinstituten DM —,—			
ac) sonstige DM 2 130 506,76	2 130 506,76		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM —,—			
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren			
ba) des Bundes und der Länder DM 13 252,50			
bb) von Kreditinstituten DM 696 752,07			
bc) sonstige DM 13 470 800,38	14 180 804,95	16 311 311,71	12 356
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank .. DM 395 862,49			
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind			
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile	935 393,84		
b) sonstige Wertpapiere	64 395,01	999 788,85	219
darunter:			
Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen DM —,—			
Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist von			
a) weniger als vier Jahren	783 246 670,46		
b) vier Jahren oder länger	247 270 862,28	1 030 517 532,74	783 928
darunter:			
ba) durch Grundpfandrechte gesichert DM —,—			
bb) Kommunaldarlehen DM —,—			
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand		215 184,34	2 314
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		333 199 809,71	207 442
Beteiligungen		13 234 943,45	11 973
darunter: an Kreditinstituten DM 7 485 801,24			
Grundstücke und Gebäude		14 000 000,—	14 150
Betriebs- und Geschäftsausstattung		6 400 000,—	6 450
Sonstige Vermögensgegenstände		1 672 330,39	2 115
Rechnungsabgrenzungsposten		2 169 274,95	1 545
SUMME DER AKTIVEN		2 269 248 817,79	1 759 427
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten:			
a) Forderungen an verbundene Unternehmen		7 195 649,06	20 495
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden		2 219 676,05	2 387

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1975

Passiva

	DM	DM	DM	Vorjahr in TDM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		215 747 964,70		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	63 525 340,16			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	485 647 585,94			
bc) vier Jahren oder länger	17 752 287,81	566 925 213,91		
darunter:				
vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 9 687 568,42				
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		43 955 606,84	826 628 765,45	532 530
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		364 407 102,31		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	164 763 357,89			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	122 481 786,74			
bc) vier Jahren oder länger	12 000,—	287 257 144,63		
darunter:				
vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 12 000,—				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	82 089 131,43		775 156 652,01	785 361
cb) sonstige	41 403 273,64	123 492 405,07	190 623 248,08	129 299
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			333 199 809,71	207 442
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				
Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		9 614 969,—		
b) andere Rückstellungen		23 713 153,97	33 328 122,97	28 477
Sonstige Verbindlichkeiten			2 914 143,43	2 842
Jubiläumsstiftung der Deutschen Ueberseeischen Bank GmbH Unterstützungskasse				
a) Stiftungsvermögen		267 877,77		
b) abzüglich Effektenanlage		251 971,08	15 906,69	14
Rechnungsabgrenzungsposten			6 382 253,47	5 693
Sonderposten mit Rücklageanteil				
a) nach dem Entwicklungsländer-Steuergesetz		3 400 000,—		
b) nach der steuerlichen Verwaltungsvorschrift über Sammelwertberichtigungen		99 895,98	3 499 895,98	5 069
Grundkapital			60 000 000,—	40 000
Offene Rücklagen				
a) gesetzliche Rücklage		24 000 000,—		
b) andere Rücklagen (freie Sonderreserve)		5 500 000,—		
Zuweisung		2 000 000,—	31 500 000,—	19 500
Bilanzgewinn			6 000 000,—	3 200
SUMME DER PASSIVEN			2 269 248 817,79	1 759 427
Eigene Ziehungen im Umlauf			3 773 592,13	3 074
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM 2 183 743,73				
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			11 188 160,97	92 604
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			292 112 577,75	304 120
Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz			414 477,72	374
In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der unter der Bilanz vermerkten Verbindlichkeiten) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			275 251 873,76	128 902

Aufwendungen

	DM	Vorjahr in TDM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	81 690 266,28	89 612
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	560 405,58	585
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	3 668 669,57	8 492
Gehälter und Löhne	26 290 100,—	28 099
Soziale Abgaben	4 192 059,57	5 553
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3 756 041,20	4 363
Sachaufwand für das Bankgeschäft	9 968 473,47	10 619
Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	1 790 731,80	1 788
Abschreibungen auf Beteiligungen	—,—	474
Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	DM 13 229 254,15	
b) sonstige	DM 601 686,24	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	319 479,03	2 123
Sonstige Aufwendungen	5 480 003,71	3 476
Jahresüberschuß	8 000 000,—	4 700
SUMME DER AUFWENDUNGEN	159 547 170,60	168 564

Die Pensionszahlungen und die Zahlungen an den Beamtenversicherungsverein des deutschen Bank- und Bankier-gewerbes (a. G.), Berlin, betrugen im Berichtsjahr 939 891,28 DM; sie werden sich voraussichtlich 1976 um 1 %, 1977 um 4 %, 1978 um 12 %, 1979 um 14 % und 1980 um 14 % des vorgenannten Betrages erhöhen.

Berlin — Hamburg, im Februar 1976

Deutsche Ueberseeische Bank

Knorr Meißner Rodenstein

Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr 1975

	DM	Vorjahr in TDM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	130 641 994,75	136 703
Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	DM 663 477,76	
b) anderen Wertpapieren	DM 102 732,06	
c) Beteiligungen	DM 924 355,35	
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	1 690 565,17	2 366
Andere Erträge	21 501 229,98	26 659
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2 563 311,18	2 469
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	1 260 986,47	84
	1 889 083,05	283
SUMME DER ERTRÄGE	159 547 170,60	168 564

Jahresüberschuß	8 000 000,—	4 700
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in Offene Rücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	—,—	—
b) in andere Rücklagen (freie Sonderreserve)	2 000 000,—	1 500
Bilanzgewinn	6 000 000,—	3 200

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Düsseldorf, den 3. März 1976

Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zülch
Wirtschaftsprüfer

Dr. Götz
Wirtschaftsprüfer